

Massenhafte Kirchenenteignungen in der Türkei – Aramäer schlagen Alarm

[Veröffentlicht am 27.06.2017 von JouWatch](#)

Türkei – Die islamische Türkei konfisziert massenhaft aramäisches Eigentum, so dass diese orientalischen Christen ihre Kirchen, Klöster und Grabanlagen an die türkische Religionsbehörde verlieren. Die Aramäer in Deutschland haben die Bundesregierung – nicht zum ersten Mal – um Unterstützung gebeten.

Das Leid der orientalischen Christen findet seit Jahren keinerlei medialen Widerhall oder gar politische Unterstützung. Nun gibt der *Bundesverband der Aramäer* in Deutschland in einer Pressemitteilung bekannt, dass nach einem Erlass eines Dekrets die die türkische Religionsbehörde (*Diyanet*) im Namen des türkischen Staats jahrtausendealtes Aramäisches Kulturerbe enteignet und mehr als 50 Kirchen und Klöster samt Grabstätten an die türkischen Religionsbehörde überträgt.



Bundesweiter Flashmob gegen Christenverfolgung 2014
(Bild: JouWatch)

Todesstoß für jahrtausendealtes Aramäisches Kulturerbe

- *„Die aktuellen überfallartigen Massenkonzisierungen im Tur Abdin im Südosten der Türkei sind beispiellos und haben unvorstellbare Ausmaße angenommen. Nach Rücksprache mit der Verwaltungsspitze des Klosters Mor Gabriel stellt sich die Gemengelage als sehr komplex und undurchsichtig dar, zumal staatliche Stellen ihr übriges dafür tun. Jedenfalls scheint die Übertragung von bis dato mehr als 50 Kirchen und Klöster inklusive Grabanlagen an die türkische Religionsbehörde nur die Spitze des Eisbergs zu sein. Im Klartext kann das bedeuten, dass das 'Diyanet' jahrtausendealtes Aramäisches Kulturerbe, Kirchen und Klöster aus den frühen Jahrhunderten an Dritte veräußern, in Museen oder aber auch Moscheen umwidmen könnte. Wir rufen die Bundesregierung dazu auf, den Aramäern zur Seite zu stehen“*, so der Vorsitzende des Bundesverbands der christlichen Aramäer in Deutschland, *Daniyel Demir*.

Seit Jahren systematischer Enteignungsprozess

Seit Jahren weist der *Bundesverband der Aramäer in Deutschland* die Bundesregierung und die entsprechenden europäischen Institutionen mit großer Sorge auf unzählige, systematische Enteignungsprozesse hin, die Kirchen, Klöster und Ortschaften der Aramäer im Südosten der Türkei betreffen.

Nicht zuletzt die Flutwelle von Enteignungsverfahren im Hinblick auf das Kloster Mor Gabriel aus dem 4. Jahrhundert durch türkische Institutionen, welche noch immer

fortdauern, sondern auch die endgültige Beschlagnahme des ehemaligen syrisch-orthodoxen Bischofssitz (*St. Peter und Paul Kirche*) in Urfa im vergangenen November wurde durch Pressemeldungen des Bundesverbandes scharf kritisiert. Die damals geäußerte Einschätzung zur Verschlechterung der Gesamtsituation tritt nun tatsächlich ein.

Die aramäische Sprache – die Sprache Jesu

Bis heute sind die Aramäer in der Türkei als Minderheit nicht anerkannt und können daher ihre Rechte, wie das elementare Menschenrecht auf Religionsfreiheit, nicht entsprechend ausüben. So ist der Eigentumserwerb, Bau oder Erhalt von Kirchengebäuden mit massiven Schwierigkeiten und Hindernissen verbunden, die Ausbildung des Priesternachwuchses oder aber auch der offizielle Unterricht der aramäischen Sprache, der Sprache Jesu, bis dato verboten. Die Lage der aramäischen Minderheit ist von erheblicher Rechtsunsicherheit und Willkür der örtlichen Behörden geprägt.

Der Bundesverband der Aramäer in Deutschland e.V. ist die zentrale Dachorganisation der aramäischen Gemeinden und Vereine in der BRD und setzt sich für die Rechte und Interessen der Aramäischen Gemeinschaft in Deutschland sowie den Heimatländern ein. Die Aramäer sind ein semitisches Volk, das im Südosten der Türkei sowie in den Ländern des Nahen Ostens beheimatet ist.

Einen moslemischen Hintergrund müsste man haben

In Deutschland leben etwa 150.000 Aramäer, in der EU insgesamt bis zu 350.000. Die christlichen Aramäer sind hauptsächlich Angehörige der syrischen Kirchen, darunter syrisch-orthodox, syrisch-katholisch, syrisch-maronitisch, syrisch-chaldäisch sowie apostolische Kirche des Ostens und Weitere.

In den letzten Jahren fanden in Deutschland immer wieder Demonstrationen orientalischer Christen statt, die auf das Leid ihrer Glaubensbrüder in islamischen Ländern aufmerksam machten. Wie es scheint, bedarf es eines moslemischen Hintergrundes, um von der sogenannten „bürgerlichen Mitte“ oder von politisch Verantwortlichen Gehör oder gar Unterstützung zu erhalten. (BS)